Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 118 (1992)

Heft: 43

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

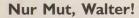
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gemeinsamer Nenner

Autopartei-Nationalrat Ulrich Giezendanner, stolzer Besitzer von 45 Lastwagen im Kanton Aargau, hat ein nicht ganz unverkrampftes Verhältnis zu den Medien – besonders zu gewissen. Er wolle Namen nennen, wetterte Giezendanner in der Konjunkturdebatte der Grossen Kammer und bezeichnete den Ringier-Journalisten Frank A. Meyer und den Bundeshausredaktor der bilanz, Martin Schläpfer, als «linke Journalisten». Doch so schlimm ist die Diskrepanz nicht. Es gibt einen gemeinsamen Nenner. Der Autopartei-Mann nennt die Namen; Redaktor Schläpfer wird, wohl jetzt erst recht, in einer der nächsten bilanz-Ausgaben wiederum die neusten Löhne der Volksvertreter nennen.



Walter Schmied, Bartzurschausteller, Vulgarisator und CVP- monatiger, geduldig ertragener Nationalrat aus Moutier, liess es Mitgliedschaft in der Grossen sich nicht nehmen, nach zehn- Kammer zum dramatischen



Villigers Strichcode

Kleine, waagrechte, relativ gerade angeordnete, lediglich rund zwei Millimeter Länge aufweisende, auf modernen Textverarbeitungsautomaten hergestellte, schwarzgefärbte, waagrecht untereinander aufgereihte dünne Strichlein haben dem Schweizerischen Vorsteher des Militärdepartements Kaspar Villiger viel Kummer bereitet. In seiner programmatischen, den gesamten sicherheitspolitischen Horizont bestreichenden Grundsatzrede zum Armeeleitbild 95 verwendete er am Abend des 8. Oktober in seinem 31 Seiten umfassenden Statement, das den Bogen vom «klassischen Abhalte- und Verteidigungsauftrag» bis zum «Instrument solidarischer Zukunftssicherung» spannte, nicht weniger als 360 Strichlein dieser Art. Für Lisette denn auch kein Wunder, dass ob dieser Strichtirade das bundesrätliche Mikrofon seinen Dienst versagte. Villiger musste auf die Sprechanlage für Nationalräte ausweichen und wurde von der Technik in diesen «Niederungen» für seinen Strichcode bestraft.

fachen Anfrage» zu greifen. Am 29. September fasste sich der junge Mann ein Herz und schrieb der Landesregierung: «Kann der Bundesrat die Versicherung abgeben, dass er in seinen an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (...) gerichteten Erläuterungen für die Volksabstimmung vom 6. Dezember sowohl die Vorals auch die Nachteile seines Eintritts in den EWR darlegt und dass er nicht nur Argumente für ein Ja, sondern auch jene für ein Nein ins Feld führt?» Die Landesregierung ergriff den Federkiel, holte schwungvoll aus und tintete dem Ratsneuling ein pointiertes «Ja»

Hilfsmittel der «Dringlichen ein-

BUNDESHAUS IM NATIONALRAT E DEBATTE ZUR WIRT-HAFTSLAGE UND ZU MAJS IAHMEN GEVEN DIE SSENARBETSLOSIG

Als Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz am Donnerstag, den 8. 10. 92, gegen zehn Uhr abends im Nationalrat zu Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit Stellung nehmen wollte, befanden sich nur noch 71 der 200 Parlamentarier(innen) im Saal. Der Rat war somit nicht mehr verhandlungsfähig. Die Wirtschaften in der näheren Umgebung des Bundeshauses dürften um «10 vor 10» dafür um so voller gewesen sein.

Grüne Ämterinflation

aufs Papier. Wenn Schmied bei

jedem weiteren Vorstoss einen

Buchstaben mehr herausholt, kann noch etwas aus ihm werden.

Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) ist finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet. Dafür legt sie getreulich öffentlich Rechenschaft ab über jeden Fünfer. (Wer macht es ihr nach?) So kann der Rechnung 1991 entnommen

werden, dass ihr Generalsekretär Bernhard Pulver «inkl. Sozialabgaben» einen Lohnkostenaufwand von 57427.50 Franken ver-Was der GPS an Finanzen gefür die Finanzen gut.

ursacht. Gegen die Neat wurden 11252.80 Franken ausgegeben. Den Hauptharst der Finanzierung trägt die zehnköpfige Bundeshausfraktion, die je zehn Prozent ihres Bundeslohns und den Fraktionsbeitrag in die Parteikasse abzweigt. Mit diesen rund 200000 Franken werden immerhin zwei Drittel der Auslagen beglichen. bricht, macht sie aber mit Ämtern wieder wett. Eine kurze Zeit stellte sie nämlich gleich zwei Präsidentinnen. Auf einer Einladung zu einer Drogen-Pressekonferenz vom 15. Oktober wurde als Präsidentin Irène Gardiol genannt, obwohl die Nachfolgerin Verena Diener bereits seit dem 10. Oktober gewählt war. Vielleicht sollte die Partei versuchen, auch beim Kassieren mehrere Personen einzusetzen. Es wäre möglicherweise

«Elektronisch verfahren»

Einmal mehr hat der Nationalrat das elektronische Abstimmungsverfahren abgelehnt. Generalsekretärin Annemarie Huber wird also noch nicht arbeitslos. Sie darf den Namensaufruf weiterhin mit «Aguet oui – une» usw. zelebrieren (und das im 20. Jahrhundert!). Doch mit dieser vorsintflutlichen Methode schafft sich das Parlament eben rund zwei Tage Arbeit im Jahr. Das bringt für jeden Volksvertreter 600 Franken mehr Lohn. Das zeigt, dass auch nach einem Nein des Volkes zur Parlamentsreform einfach andere Ideen zur Geldbeschaffung gefunden werden. Rudolf Hofer, Sekretär des Landesrings, hat allerdings eine andere Erklärung. Nachdem Christoph Blocher eine Woche lang im Saal durch Abwesenheit glänzte, beginne es den Ratsmitgliedern hier wieder zu gefallen.

Lisette Chlämmerli